

vbb magazin

12

Dezember 2018 • 57. Jahrgang



Der Bundeswehrbeamte
Zeitschrift des Verbandes
der Beamten der Bundeswehr



Wochenarbeitszeit

Seite 12 <

**Petitionsausschuss:
Keine Reduzierung
der Wochenarbeits-
zeit der Bundes-
beamten**

Seite 16 <

**VBB-Listenführer-
treffen**



© Jan Brenner / dbb

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

am Ende dieses Jahres beschäftigt den Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) ein Thema ganz besonders, das bereits zu Beginn des Jahres 2018 hohe Wellen geschlagen hat. Wie steht es um die Zukunft der Beschaffungsbehörde am Deutschen Eck? Verwundert konnten sich daher Zuseherinnen und Zuseher die Augen reiben, ob der Aufmerksamkeit, mit der die Beschäftigten und im Besonderen die Beamtinnen und Beamten des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) in der Debatte des Deutschen Bundestages zum Haushalt 2019 mit Liebesbekundungen fast schon zugeschüttet worden sind. Die Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula von der Leyen, eingeschlossen, lobten alle Redner der Koalitionsparteien die Arbeit und die Professionalität der Beschäftigten in Koblenz über den grünen Klee. Ob so viel Lobes ertappt man sich unweigerlich dabei, nach dem Fallstrick zu suchen. Und gerade die Redner der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) wurden nicht müde, zu betonen, dass eine Privatisierung des BAAINBw ausgeschlossen

werden könne. Wenn Sie, verehrte Leserschaft, sich die einzelnen Redebeiträge, gerade dieses Thema betreffend, einmal anhören wollen, lege ich Ihnen die Mediathek auf der Homepage des Deutschen Bundestages wärmstens ans Herz. Schauen und hören Sie, und bilden Sie sich Ihre Meinung. Eine Frage aber bleibt immer noch unbeantwortet: Warum bedarf es eines möglicherweise radikalen Umbaus der Organisation, wenn doch die Beschäftigten eine solch herausragende Arbeit abliefern? Die Informationen aus den Sitzungen des Expertenrates fließen wegen des verpassten Maulkorbes äußerst spärlich. In der Ausgabe der „Welt am Sonntag“ vom 18. November 2018 mutmaßt der Autor, dass mehr oder weniger eine Reproduktion der „Projektskizze Pfeil“ als Ergebnis aus der Arbeit des Expertenrates stehen könnte. Wenn also keine klassische Privatisierung mehr auf der Agenda steht und die Politik bei ihrer Auffassung bleibt, dass Beschaffung und Nutzung eine hoheitliche Aufgabe sei, bleiben nicht mehr viele Szenarien übrig. Eine Variante könnte da eine Bundesanstalt des öffentlichen Rechts sein, die mit der sogenannten Dienstherrenfähigkeit ausgestattet ist. Sorge bereitet uns in dem Zusammenhang ein Gerücht, dass sich unter den schon vielfach zitierten Brücken an Rhein und Spree hartnäckig hält: Eine mögliche räumliche Veränderung, sprich Auslagerung von ganzen Abteilungen, angepasst an die militärische Organisationsstruktur und den Sitz maßgeblicher Firmen der Rüstungsindustrie. Da wir aber über keine Glaskugel verfügen, sperren wir – wie gehabt – unsere Augen und Ohren auf und halten Sie, wie gewohnt, auf dem Laufenden. Wie gewohnt auch deshalb, da der VBB wohl wie in der Vergangenheit auch die einzige Interessenvertretung in der Bundeswehr zu sein scheint, die sich mit der Zukunft der Oberbehörde in Koblenz und den dort beschäftigten Menschen, gleich

> Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 0228.639960. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seitens:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** dbb, Fotolia, MEV. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim dbb verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 32,00 € zzgl. 6,00 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 3,60 € zzgl. 1,30 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** anzeigen@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigenposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 60** (dbb magazin) und **Preisliste 44** (vbb magazin), gültig ab 1.10.2018. **Druckauflage:** dbb magazin: 598 313 (IVW 3/2018). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

ISSN 0521-7814

>	Gespräch mit Dr. Tobias Lindner	5
>	Bundshaushalt 2019 beschlossen	6
>	Maulkorb für die Interessenvertreter im Expertenrat	6
>	Berater-Affäre zieht weitere Kreise	8
>	SPiEGEL Online: Von der Leyens Berater-Affäre – SPD verlangt Abzug von McKinsey	9
>	Erstes Gespräch in neuer Verwendung	10
>	Jetzt zählt's	10
>	Petitionsausschuss: Keine Reduzierung der Wochenarbeitszeit der Bundesbeamten	12
>	Europäischer Gerichtshof stärkt Rechte von Arbeitnehmern bei Urlaubsansprüchen – Urlaub kann ausgezahlt und vererbt werden	13
>	19. Bundesversammlung des Bundeswehr-Sozialwerks e. V.	14
>	Rahmenvertrag Bundeswehr – einzigartiger finanzieller Schutz bei Dienstunfähigkeit	15
>	Jahresempfang für die Bundeswehr und die befreundeten Streitkräfte in Baden-Württemberg	15
>	VBB-Listenföhrtreffen	16
>	Beitragsanpassung 2019	17
>	VBB-Seminare: VBB-Seminar zum Thema Staatspolitik	18
>	Wissenswertes für Senioren: VBB-Ratgeber für den Ruhestand – 1. „Nachlieferung“ abrufbar	18
>	Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	19
>	Personalnachrichten	30

> dbb

>	Verfassungswidriges Tarifeinheitsgesetz: Bundesregierung mauschelt sich durchs Parlament	31
>	100 Jahre Beamtenbund: Verteidigung der Demokratie: Der öffentliche Dienst ist gefordert	32
>	Jubiläumsband „Einheit in Vielfalt – 100 Jahre dbb“	34
>	Beamte in der Literatur	35
>	Nachgefragt bei Konstantin von Notz, Bündnis 90/ Die Grünen, zur Gestaltung der Digitalisierung	38
>	dbb bundesfrauenvertretung Digitales Deutsches Frauenarchiv: Geballtes Frauen-Wissen	41
>	2. dbb Bundes seniorenkongress: dbb Senioren mit neuer Führung	42
>	interview Prof. Dr. Stefan Fisch, Historiker und Hauptautor der dbb Festschrift	46

welcher Statusgruppe, bemerkbar auseinandersetzt.

Mit der Bündelung der Dienstposten im gehobenen Dienst wurde eine jahrelange Forderung unseres Verbandes umgesetzt. Wir bekräftigen unsere Auffassung, dass eine solche Bündelung aus Attraktivitätsgesichtspunkten alternativlos ist, solange keine anderen Vorschläge auf dem Tisch liegen, die gleichermaßen geeignet wären, berufliche Perspektiven für leistungsstarke Beamtinnen und Beamte zu eröffnen. Dabei gilt der Grundsatz: Stillstand bedeutet Rückschritt. Denn während sowohl die Grundentscheidung zur Bündelung der Dienstposten wie auch die Folgeentscheidung der Abteilung Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistung (IUD) im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) aus Gründen der Wiederherstellung von Hierarchieebenen weit über 200 Dienstposten im gehobenen Dienst neu zu bewerten, ohne Organisationsüberprüfung umgesetzt wurde, arbeiten sich derzeit verschiedene Stellen im BMVg und dem Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw) daran ab, ob und in welchem Umfang die Dienstposten der Sozialberater im Sozialdienst der Bundeswehr neu bewertet werden können. Diese Überprüfung dauert nunmehr fast zwei Jahre und ein Ende ist derzeit nicht in Sicht. Aus unserer Sicht ist es nicht mehr akzeptabel, die Kolleginnen und Kollegen ohne Not „hängen“ zu lassen, zumal sowohl die Abteilungen Organisation und Revision wie auch Haushalt und Controlling ihre Bereitschaft auch zur flächendeckenden Anhebung erklärt haben. Es wäre nun wirklich an der Zeit, wenn alle beteiligten Stellen über ihren eigenen Schatten springen würden und angesichts der nun wirklich überschaubaren Größenordnung die derzeitigen Bewertungen bei den Sozialberatern um eine „Stufe“ nach oben setzen würden. Andernfalls würde

erneut der schon oft zitierte Satz des ehemaligen Bundesschatzmeisters unseres Verbandes und Vorsitzenden des örtlichen Personalrates beim BMVg, Walter *Trottier*, leider wieder einmal zutreffen: „Anstatt drei Seiten vollzuschreiben, wäre es gut, einmal eine Seite vollzuschreiben, wie etwas umgesetzt werden kann.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unter der weiter geltenden Überschrift „Attraktivität“ werden wir uns auch im kommenden Jahr für eine Verbesserung der beruflichen Situation der Beamtinnen und Beamten in der Bundeswehr einsetzen. Im Bereich der Besoldung geht es dabei im Besonderen um die Themen Personalgewinnungs- und Personalbindungszuschläge, eine spürbare Verbesserung der Bezüge für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst sowie die Einführung einer Funktionszulage für den technischen Dienst. Darüber hinaus sehen wir die Notwendigkeit, auch im Laufbahnrecht positive Neuregelungen zu schaffen. Dazu gehören beispielsweise wie im mittleren technischen Dienst die Anhebung des Eingangsamtes A 6 auf ein neues Eingangsamt A 7 und die gleichzeitige Schaffung einer angepassten Bündelungsspanne. Daraus folgert für den VBB zwingend die Einführung eines neuen Spitzenamtes im mittleren Dienst, besoldet nach A 10. Abgeleitet daraus wird der Verband die Anhebung des Eingangsamtes im gehobenen nichttechnischen Dienst nach A 10 einfordern, um auch hier den Gleichklang mit dem gehobenen technischen Dienst herzustellen. Der VBB unterstützt im Weiteren die Bestrebungen im BMVg für besonders leistungsstarke Beamtinnen und Beamte des gehobenen nichttechnischen Dienstes auf herausgehobenen Dienstposten eine Zulage (A 13 Z), wie bereits im gehobenen technischen Dienst möglich, einzuführen.

Dabei ist es von herausragender Bedeutung, dass eine solche Zulage nicht nur der Bundesbehörde und den Oberbehörden vorbehalten bleibt. Gerade in den Ortsdienststellen böte sich mit einer solchen Zulage die Möglichkeit, den Leistungsgedanken mit Leben zu erfüllen und die Leistungsbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen zu honorieren.

Mittlerweile aus der Zeit gefallen ist die Dienstpostenstruktur der sogenannten „kleinen Bundeswehrdienstleistungszentren“, die in der Spitze mit A 13 bewertet sind. In Zeiten, in denen mittlerweile bereits schon die Dienstposten von Kompaniechefs in der gleichen Besoldungsgruppe angesiedelt sind, ist eine Neubewertung in Anbetracht neuer Aufgaben und erweiterter Zuständigkeiten und Verantwortungsbereiche mehr als überfällig. Das schließt daraus abgeleitet die Anpassung der Dienstpostenstruktur der Gesamtdienststelle ein. In diesem Zusammenhang sind wir für die positiven Signale aus der Abteilung IUD, im Besonderen der Abteilungsleiterin, Frau Barbara *Wießalla*, dankbar. Wir werden in einer der kommenden Ausgaben unserer Verbandszeitung hierüber gesondert berichten.

Lassen Sie mich den bevorstehenden Jahreswechsel zu einigen Danksagungen nutzen. Was auch immer an verbandlichen Erfolgen auf der „Haben-Seite“ verbucht werden kann, ist ohne die jeweils zuständigen Stellen und handelnden Personen im Ministerium, in den Oberbehörden und den Ortsdienststellen nicht möglich. Stellvertretend für alle unsere Gesprächspartnerinnen und -partner im Ministerium, den Oberbehörden und Ortsdienststellen danken wir der ehemaligen Abteilungsleiterin IUD, Frau Alice *Greyer-Wieninger*, für deren vielfältige Unterstützung. Gerade ihrem Beharrungsvermögen auf eine einheitliche, statusübergreifende Verfah-

rensweise ist es geschuldet, dass auch die zivilen Kolleginnen und Kollegen in der Bundeswehr vom Optionsmodell bei Umzugskosten und Trainingsgeld partizipieren. Ausverhandelt wurde diese Lösung durch die neue Abteilungsleiterin IUD, Frau Barbara *Wießalla*, die zusammen mit dem Abteilungsleiter HC, Herrn Karl *Henning Bald*, an der Runde der beamteten Staatssekretäre der Ressorts Verteidigung, Innen und Finanzen teilgenommen hat. Herrn Bald und dem zuständigen Referat HC I 3 ist es zum wiederholten Mal gelungen, durch gute und geschickte Verhandlungen die Planstellensituation wesentlich zu verbessern. Davon profitieren alle Kolleginnen und Kollegen.

Unser Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen in den Personalräten, gleich welcher Ebene. Ohne Eure engagierte Arbeit wäre vieles an verbandlichem Erfolg für die Beschäftigten der Bundeswehr nicht möglich gewesen. In diesen Dank schließen wir alle diejenigen ein, die in unserem Verband ein Mandat wahrnehmen. Ohne Ihr ehrenamtliches Mitwirken wäre eine erfolgreiche Verbandsarbeit nicht möglich. Zusammen mit unseren aktiven Mitgliedern und den Pensionären bilden sie alle die Keimzelle unseres VBB und sind ein unschätzbbarer Teil unseres gemeinsamen Erfolges.

Ein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, vertreten durch die Bundesgeschäftsführerin, Frau *Nixtatis*. Ohne eine funktionierende Schaltzentrale gerät der Motor ins Stottern. Auch in unruhigen und belastenden Zeiten war auf Sie alle immer Verlass. Danke dafür.

Lassen Sie uns auch bei diesem Jahreswechsel einen Moment innehalten und derer gedenken, die in diesem Jahr von uns gegangen sind, im privaten

Bereich oder in unserem dienstlichen Umfeld. Wir verbinden mit diesem Gedenken die Hoffnung auf Linderung der seelischen Schmerzen durch den Verlust von Familienangehörigen, Freunden und Bekannten.

In Gedanken sind wir bei den verletzten Angehörigen der niederländischen Streitkräfte und der Bundeswehr, die durch einen Unfall in Bergen am 19. November 2018 Schaden genommen haben.

Unsere besonderen Grüße gelten auch in diesem Jahr allen Soldatinnen und Soldaten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Beamtinnen und Beamten, die ihren verantwortungsvollen und gefährlichen Dienst in einem Kontingent im Auslandseinsatz auch in der Weihnachtszeit und über den Jahreswechsel wahrnehmen. Mit diesen Grüßen verbinden wir den Wunsch nach einer unversehrten Rückkehr in Ihre

Standorte und an Ihren Arbeitsplatz. Allen, die in Ausübung ihres Dienstes eine Verletzung an Leib und Seele erfahren haben, wünschen wir eine baldige und vollständige Genesung.

Allen Leserinnen und Lesern, Mitgliedern und Nichtmitgliedern und unseren Gesprächspartnern wünschen wir ein gesegnetes Weihnachtsfest. Nutzen Sie die „Stille Zeit“ für gemeinsame

Stunden im Kreise von Familie und Freunden. Für das neue Jahr 2019 wünschen wir Ihnen privat und beruflich alles erdenklich Gute.

Für Ihre Bundesleitung

Ihr



Wolfram Kamm

Frohe Weihnachten!

Wir wünschen unseren Freunden und Gesprächspartnern in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für 2019.



Wolfram Kamm
Bundesvorsitzender

Von Weihnachts- und Neujahrskarten möchten wir auch in diesem Jahr absehen und stattdessen dem Bundeswehr-Sozialwerk für „Sorgenkinder in Bundeswehrfamilien“ eine Spende überweisen.

Gespräch mit Dr. Tobias Lindner

Die derzeit im Blick der parlamentarischen und medialen Aufmerksamkeit stehende Situation rund um die Organisationsstruktur des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) bildete den zentralen Rahmen eines Gesprächs des Obmannes der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, Dr. Tobias Lindner, mit dem Bundesvorsitzenden des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), Wolfram Kamm.

Dabei lag der Interessenschwerpunkt Dr. Lindners auf der Einschätzung des Verbandes zu möglichen strukturellen Veränderungen der Beschaffungsbehörde in Koblenz. Der Bundesvorsitzende stellte klar, dass aus Sicht des Verbandes eine gravierende organisatorische Veränderung keine Problemlösung darstelle. Bekanntermaßen sei das Beschaffungsamt erst im Jahre 2012 neu aufgestellt worden und zwischenzeitlich durch die ehemalige Staatssekretärin Dr. Katrin Suder Organisationsanpassungen angeordnet worden.



Vielmehr sei es aus Sicht des VBB notwendig, diese strukturellen Veränderungen wirken zu lassen und die Rahmenbedingungen zu verbessern. Dazu gehörten unter anderem Anpassungen im nationalen und europäischen Vergaberecht und dass Ausschöpfen

der bereits bestehenden Möglichkeiten, einschließlich der Frage nach eine Standardisierung von Verträgen dort, wo möglich.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Binnenstruktur im Bundesministerium der Ver-

teidigung (BMVg), bei der nach Meinung von Dr. Lindner auffällig sei, dass ab einer gewissen Hierarchieebene keine „Eigengewächse“ der Bundeswehr Verantwortung trügen. Diese Einschätzung werde durch den VBB geteilt, so der

Bundesvorsitzende, der darüber hinaus als negatives Ergebnis einer zu hinterfragenden Personalpolitik schwindende berufliche Perspektiven der Kolleginnen und Kollegen des höheren Dienstes befürchtet. ■

Bundeshaushalt 2019 beschlossen

„Die Bundeswehr bekommt für neue Ausrüstung mehr Geld – so hat es am heutigen Freitagmorgen nach 16-stündiger Bereinigungssitzung der Haushaltsausschuss beschlossen. Doch auch die Beraterverträge standen auf der Agenda des Ausschusses, denn deren Dimension ist wohl noch größer als bisher bekannt.

Der Bund kann im kommenden Jahr 356,4 Milliarden Euro ausgeben. Gegenüber dem Soll für 2018 steigt der Etat des Bundes damit um 12,8 Milliarden Euro (+3,7 Prozent). Das beschloss der Haushaltsausschuss am frühen Freitagmorgen nach rund 16-stündiger Bereinigungssitzung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD. Die Oppositionsfraktionen AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen stimmten gegen den geänderten Haushaltsentwurf.

Gegenüber dem Entwurf der Bundesregierung für den Bundeshaushalt 2019 sinkt der Etatansatz damit um 0,4 Milliarden Euro. Den Ausgaben stehen Einnahmen in gleicher



© Bundeswehr/Johannes Heyn

Höhe gegenüber. Davon entfallen laut Ausschussfassung des Haushaltsentwurfes 2019 325,491 Milliarden Euro auf Steuereinnahmen. Das sind 7,515 Milliarden Euro weniger als im Regierungsentwurf. Im Haushalt 2018 wird das Soll der Steuereinnahmen mit 321,307 Milliarden Euro ausgewiesen. Die sonstigen Einnahmen sollen 30,909 Milliarden Euro betragen und damit 7,115 Milliarden Euro mehr als im Regierungsentwurf. Aus der Rücklage für Flüchtlingskosten sollen mit rund 5,5 Milliarden Euro mehr entnommen werden, als im Regierungsentwurf vorgesehen. Es ist wie in den vergangenen Jahren keine Nettokreditaufnahme vorgesehen.

Für Investitionen sind im geänderten Haushaltsentwurf im

kommenden Jahr 38,946 Milliarden Euro veranschlagt. Das sind 1,046 Milliarden Euro mehr als im Regierungsentwurf. Im Haushalt 2018 sind im Soll 39,8 Milliarden Euro als Investitionen ausgewiesen. Die Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Haushaltsjahre fallen mit 114,7 Milliarden Euro um 13,4 Milliarden Euro höher aus als im Regierungsentwurf.

Gegenüber dem Regierungsentwurf beschlossen die Ausschussmitglieder unter anderem einen weiteren Aufwuchs im Etat des Bundesministeriums für Verteidigung (Einzelplan 14). Dem Ressort sollen im kommenden Jahr 43,2 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, im Regierungsentwurf waren 42,9 Milliarden Euro vorgesehen.

Gegenüber dem Soll von 2018 steigt der Etat damit um 4,7 Milliarden Euro (+12,2 Prozent). In der Bereinigungssitzung stimmten die Abgeordneten mehrheitlich unter anderem für neue Titel für die Entwicklung eines Luftverteidigungssystems und die Beschaffung eines U-Boots sowie einen deutlich erhöhten Ansatz für die Beschaffung eines Mehrzweckkampfschiffs. Zudem liegen die Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Haushaltsjahre mit 35,5 Milliarden Euro rund 5,7 Milliarden Euro über den Ansätzen im Regierungsentwurf.

Die zweite und dritte Lesung des Haushaltsentwurfs im Bundestag findet in der Woche vom 19. bis 23. November statt.

*Deutscher Bundestag
Parlamentsnachrichten, PuK 2
Platz der Republik 1,
11011 Berlin“*

Der Bundestag hat den Haushalt 2019 am 23. November 2018 beschlossen. ■

Maulkorb für die Interessenvertreter im Expertenrat

Viele Steuergelder flossen bereits in ein Zielbild für eine veränderte Beschaffungsorganisation im Verteidigungsressort, in dem unter anderem Transparenz ein wesentlicher Faktor sein sollte.

Nach Auffassung des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) völlig ergebnislos, da die Transparenz in diesem Prozess offenbar keinen Stellenwert mehr hat.

Seit einigen Wochen tagt der sogenannte Expertenrat, der die Ergebnisse der durch die ominöse Taskforce Beschaffungsorganisation (BeschO) vorgelegten „Analyse“ bewerten soll. Mit welcher Methodik

in der Taskforce überhaupt gearbeitet worden ist, bleibt das Geheimnis derer, die sich bisher offenbar erfolglos an der Umsetzung der Ergebnisse des KPMG-Gutachtens versucht haben. Es ist aber zu vermuten,

dass sich die geleistete Arbeit der Taskforce in einer bloßen Reproduktion des sogenannten „Projektes Pfeil“ erschöpft.

Weiter steht zu vermuten, dass die mit der Umsetzung dieses Projektes betrauten Personen damit nun zwangsläufig ihre eigenen, nicht zuletzt mit Hilfe teurer externer Beratung, bis dahin erarbeiteten Ergebnisse im Praxisbetrieb als nicht brauchbar erachten. Dass es für diese Ergebnisse, einschließlich der organisatorischen Anpassungen durch die moderate Nachjustierung, keine Verwendung mehr geben soll, ist unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit höchst bedenklich und bedeutet aus Sicht des VBB eine weitere Zuspitzung der durch die Medien kolportierten Steuergeldverschwendung.

In den Expertenrat wurden seinerzeit durch die Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung einige wenige Vertreterinnen/Vertreter aus den Interessenvertretungen berufen. Die Vertreter des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) jedoch erst aufgrund eigener Intervention. Ist es ganz abwegig zu behaupten, dass diese Berufungen nur dazu dienen sollen zu versuchen, diese Vertreter für eine „Komplizenschaft“ an den Plänen zur Zerschlagung der Behördenstruktur der Beschaffungsbehörde am Rhein zu missbrauchen? Diese Vermutung wird dadurch bestärkt, dass den Vertretern der Beschäftigten

dem Vernehmen nach Maulkörbe angelegt worden sind, sie also nicht einmal denen, die sie beispielsweise in Personalvertretungen gewählt haben, Rede und Antwort über ihre Arbeit im Expertenrat stehen dürfen.



Die Beschäftigten sollen also nichts aus der Arbeit innerhalb des Expertenrates mitbekommen.

Dem VBB im Übrigen wurde eine Mitwirkung in diesem Gremium – trotz Zusage durch die ehemalige Staatssekretärin Dr. Suder – auch mit der Begründung verwehrt, dass Verbände und Gewerkschaften mittelbar durch gewählte Interessenvertreter vertreten seien und so einem Informationsanspruch Rechnung getragen würde. Wie das bei einem erteilten Maulkorb möglich sein soll, erschließt sich uns nicht. Diese Vorgehensweise der politischen Leitung des Verteidigungsministeriums entspricht jedoch nicht unserem Verständnis von Transparenz und ist in keiner Weise geeignet, Vertrauen in Aus- und Zusagen der politischen Leitung zu schaffen.

Mit demokratischen Prinzipien hat diese Vorgehensweise nichts zu tun, vielmehr erinnert sie an Zensur.

Es führt zudem im Gegenteil dazu, dass auch das jeweilige Plenum als wesentliches Organ der Interessenvertretung keine Informationen erlangen und die richtigen Fragen stellen kann. Dabei spricht, auch und gerade weil in der Vergangenheit viel von Transparenz die Rede war, nichts gegen die Teilhabe aller betroffenen Beschäftigten auch an Zwischenergebnissen die im Rahmen des Expertenrates untersucht werden.

Dieses Vorgehen lässt aus unserer Sicht nur eine Vermutung zu: Die Zerschlagung der behördlichen Struktur des Beschaffungsamtes in Koblenz steht als Ergebnis schon fest.

Schon Carl Philipp von Clausewitz, ein berühmter Militärtheoretiker, wusste: „Der Kern der Überraschung ist die Absicherung der Schnelligkeit mit Geheimhaltung.“

Nicht der Geheimhaltung unterliegen allerdings die Namen derer, die sich an den zu vermutenden organisatorischen Abenteuern munter beteiligen und der politischen Führung suggerieren, „in Koblenz sitzen nur Leute, die nicht bis drei zählen können“. Sowohl Tausende erfolgreich geschlossene Verträge als auch

ein Haushaltsmittelabfluss, der sich sehen lassen kann, sprechen allerdings eine andere Sprache.

Wir gehen davon aus, dass diese selbst ernannten Expertinnen und Experten sowie deren Ideengeberinnen/Ideengeber hoffentlich mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Aufgaben künftig außerhalb des Beamtenverhältnisses zu den von ihnen präferierten Konditionen vorbildlich vorleben werden.

Nicht überraschend wäre es, wenn einige von ihnen mit neu zu schaffenden Geschäftsführungen einschließlich üppiger Gehälter betraut werden.

Will sich der Steuerzahler dies leisten?

Und was sagt eigentlich die Politik dazu, deren Vertreter in diesem „Expertenrat“ ebenfalls mit Sitz und Stimme vertreten sind?

Parallelen zur Beliebtheit der Großen Koalition sind wohl rein zufällig. Genauso weit, wie sich die Politik vom Volk entfremdet (s. aktuelle Umfragergebnisse bei den Volksparteien), so ist auch das Vertrauen der Beamtinnen/Beamten in das Vorgehen der politischen Spitze des Ministeriums dahin.

Verständlich, wenn alle Betroffenen über die künftigen Gegebenheiten ihres Arbeitsumfeldes und damit über ihre berufliche Perspektive im Unklaren gelassen werden. Berechtigte Zukunftsängste können so nicht beseitigt werden. ■

Berater-Affäre zieht weitere Kreise

Wie am 3. November 2018 bei SPIEGEL ONLINE zu lesen war, zieht die Berater-Affäre weitere Kreise – betroffen ist nun auch die Bundeswehr-Tochtergesellschaft BWI – auch hier sollen illegale Berater-Verträge existieren.

Der gesamte Artikel kann bei SPIEGEL ONLINE unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ursula-von-der-leyen-illegale-berater-vert-raege-auch-bei-bundeswehr-tochter-bwi-a-1236593.html> nachgelesen werden. ■

